

09.04.08 Bayerische Staatsregierung plant neues Versammlungsrecht - Schwerer Angriff auf Versammlungsfreiheit - Attac-Augsburg unterstützt landesweite Proteste !

Die CSU hat einen Gesetzentwurf für ein Bayerisches Versammlungsgesetz vorgelegt. Darin werden die verfassungsmäßigen Garantien für die Versammlungsfreiheit, einem elementaren Grundrecht einer jeden Demokratie weitgehend ausgehebelt.

- Bereits Fahnen, Anstecker, einheitliche Schilder usw. können nach willkürlicher Entscheidung der Polizei gegen das neu erfundene „Militanzverbot“ verstoßen und mit einer Geldbuße bis zu 3000 Euro bestraft werden
- Versammlungsleiter und Ordner werden zu „Hilfspolizisten“ gemacht. Sie können von Behörden und Polizei als „ungeeignet“ oder „unzuverlässig“ abgelehnt werden.
- Versammlungen können nach Gutdünken der Polizei gefilmt und diese Übersichtsaufnahmen beliebig lange gespeichert werden
- zwei Personen, die sich laut unterhalten, können bereits als Versammlung gewertet werden
- Versammlungsleiter von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen müssen im Vorfeld und vor Ort alle persönlichen Daten an die Polizei weitergeben. Die Polizei kann den Versammlungsleiter als „ungeeignet“ ablehnen.
- der Polizei muss Zutritt gewährt und ein „angemessener Platz“ bei solchen Veranstaltungen eingeräumt werden – sonst sind bis zu 3000 Euro Bußgeld zu zahlen. Nur die Einsatzleitung muss sich den Veranstaltern zu erkennen geben.
- selbst nichtöffentliche Versammlungen (z. B. Streikversammlungen) können davon betroffen sein.

Diese Gesetzesabsichten ordnen sich ein in einen massiven Abbau fundamentaler demokratischer Rechte. Heiligendamm war ein Fanal für einen Polizei- und Überwachungsstaat. Online-Durchsuchungen und Vorratsdatenspeicherung zeigen wie umfassend heute schon individuelle Rechte ausgehöhlt werden.

Noch vor der Sommerpause soll dieser Anschlag auf eines unserer wichtigsten Grundrechte vom Bayerischen Landtag beschlossen werden. **DAS MÜSSEN UND KÖNNEN WIR VERHINDERN!**

Attac Augsburg unterstützt daher die landesweiten Proteste gegen das geplante Versammlungsrecht. Noch in diesem Monat werden landesweite dezentrale Aktionen durchgeführt. Im Juni ist eine bayernweite Demonstration geplant.